

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Zeitungsbestellungen 1/2000



Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Zeugungspreis monatlich frei Haus 2,50 M. (Halbmonatlich 1,25 M.) durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-III, / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachnummer: Dresden Nr. 18 600, Dresdener Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-III, Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Druckstunden der Redaktion: Mittwoch 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gefaltete Nonpareilzeile oder deren Raum 0,33 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Restansätze anschließend an den dreispaltigen Teil einer Zeitzeile 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-III, Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Sonnabend den 15. Dezember 1928

Nummer 292

## Deutsches Antisowjetkomitee gebildet!

Hermann-Müller-Kabinett liquidiert den Rapallo-Vertrag! — Reichstag lehnt Winterbeihilfe mit SPD ab  
Textilschiedspruch verbindlich erklärt — Sebering baut Villa in Bielefeld — Waffenschmuggel nach Ungarn

### Bankhyänen führen den Angriff

Das Berliner Tageblatt enthüllt ruflandfeindliche Rolle Eberts beim Rapallo-Vertrag

Berlin, 15. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Diskontogesellschaft und die Banken Mendelssohn & Co. und S. Bleichröder haben eine besondere „Verelungung der Interessen der Inhaber russischer Wertpapiere“ gegründet. Aufgabe dieser Vereinigung ist, die „Erreichung von Maßnahmen, die sich im Zusammenhang mit dem Beitritt zur internationalen Schutzvereinigung als notwendig erweisen sollten“. Diese internationale Schutzvereinigung ist bekanntlich vor einigen Wochen auf der Londoner Konferenz des europäischen Finanzkapitals gegründet worden, wo der Kreditkonst und die Unterstützung des Kampfes gegen die Sowjetunion beschlossen wurde. General von Schwabach, der Mitinhaber des Bankhauses Bleichröder ist 1. Vorsitzender des Aufsichtsrates der Regierungsgesellschaft Wolfo Telegraphen-Bureau.

Dieser Zusammenschluß der führenden deutschen Bankherren bedeutet einen weiteren Schritt auf dem Gebiete der Unterstützung der im internationalen Maßstabe betriebenen und von England geführten Aktion gegen die Sowjetunion. Die deutsche Regierung, die von den Sozialdemokraten geführt wird, duldet und unterstützt dieses Vorgehen der Banken. Wenn Stresemann als deutscher Außenminister bis jetzt noch die vorläufige Chamberlains zum offenen Eintritt Deutschlands in die Allianz der Sowjetlande abgelehnt, so nur deshalb, weil, wie die Kölnische Zeitung vor kurzem offen ausgesprochen, der angebotene Preis für den offenen Bruch Deutschlands mit Rußland zurzeit noch als ungenügend abgelehnt wird. Das aber ändert nichts an der Tatsache, daß die deutsche Regierung mit der kräftigen Unterstützung der Sozialdemokratie auf den Abbruch der Beziehungen Deutschlands mit der Sowjetunion hinarbeitet. Die Duldung und stillschweigende Unterstützung der sowjetfeindlichen Aktion der deutschen Banken, die vor kurzem erfolgte Beschlagnahme des Eigentums der Sowjetunion durch die deutsche Justiz, kennzeichnen diese Bestrebungen, die einen offenen Bruch des im April 1922 abgeschlossenen Rapallovertrags darstellen. Bei dieser Gelegenheit ist es interessant, auf die Veröffentlichungen Discounts D'Hermon im Berliner Tageblatt hinzuweisen, aus denen einwandfrei hervorgeht, daß Ebert schon damals entschlossen war, den von Rathenau unterzeichneten Rapallovertrag zu hinterziehen. In seinem Berliner Tagebuch schreibt D'Hermon folgendes:

„Reichspräsident Ebert soll sich noch immer nicht mit dem Rapallovertrag abgefunden haben. Er hält den Abschluß

für ebenso unklug wie verfassungswidrig. Man hätte ihn unbedingt zu Rate ziehen sollen. Er ist entschlossen, Rathenau zu entfernen — und wenn damit auch Rathenau fallen sollte, um so schlimmer.“

Ich glaube nicht, daß diese Drohungen sich verwirklichen werden, aber sie sind ein Symptom der Verärgerung der mehrheitssozialistischen Partei über das russische Abkommen. Nach Informationen aus sozialistischen Kreisen wird Rathenau nach seiner Rückkehr mit einer scharfen Kritik des Rapallovertrages zu rechnen haben. Die Mehrheitssozialisten interessieren sich am meisten für die Reparationsfrage. Sollten Genua und Rapallo keine Erleichterungen der Reparationen bringen, wird irgendeiner dafür büßen müssen. Ebert wirft Rathenau vor, daß er auf zu vertraulichem Fuße mit Tschitscherin und den anderen Bolschewisten steht und auf den Gedanken einer engen Zusammenarbeit mit Moskau verfallen ist.“

Aus diesen Erinnerungen D'Hermons wird also nunmehr einwandfrei festgelegt, daß die deutsche Sozialdemokratie schon damals bereit war, mit den Imperialisten zusammen gegen die Sowjetunion zu marschieren und den Abschluß des Freundschaftsvertrages von Rapallo und des Zuständemessens wirtschaftlicher Zusammenarbeit zu verhindern. Die Sozialdemokratie ist dieser Rolle in jeder Beziehung treu geblieben. Unter der Regierung Hermann Müllers wird der sowjetfeindliche Kurs in nachdrücklichster Weise fortgesetzt. Der Panzerkreuzer A und die weiteren Kriegsausstattungen bestätigen dies.

Die deutsche Arbeiterkraft, vor allem die Massen der sozialdemokratischen Arbeiter müssen jetzt erkennen, daß mit diesem deutschen Antisowjetkomitee der Banken und der Bereitschaft der Hermann-Müller-Regierung zur Zusammenarbeit in der Imperialistenfront, die Gefahr einer imperialistischen Intervention über Deutschland in die Nähe gerückt ist. Ihre Aufgabe muß es deshalb sein, jetzt gemeinsam mit den Kommunisten, trotz aller Heße der bürgerlichen und sozialdemokratischen Vorklammern, eine einheitliche, geschlossene Front zur Verteidigung des ersten Arbeiterstaates der Welt herzustellen.

## Die Einpeitscher

Wer steht hinter der Textilausperrung? — Die Textilindustrie ein Teil des Trutz- und Finanzkapitals — Textilgeschäft und Textilpolitik

Nachdem der Ausschuss wurde vor dem Bekanntwerden der Beschlüsse der Reichstagskommission für das Textilgeschäft geschrieben. Wir geben diesen Ausschuss wieder, weil er mit der Aufhebung der Finanzkapitalistischen Verbindung und Beherrschung der Textilindustrie durch die Großbanken, die geschäftliche Beziehung des Bankensystems in der Textilindustrie und die treibende Kraft des Unternehmenswesens enthält. Die Redaktion.

Was ist die treibende Kraft bei dem neuen Angriff der Textilkapitalisten?

„Sinkende Konjunktur!“, „Mäßige Lohnforderungen!“, „Zurückgehende Gewinne!“ — jenseits die Unternehmer. Mit keinem Wort wird dabei erwähnt, was die Bilanzstatistik sämtlicher deutschen Aktiengesellschaften erst vor kurzem schwarz auf weiß ergeben hat: Mit Ausnahme der Chemie und des graphischen Gewerbes weist kein anderer Industriezweig einen so hohen Dividendenfuß auf wie gerade die Textilindustrie — nämlich 9,7 Prozent als Durchschnittswert gegenüber der für alle deutschen A.G. geltenden Durchschnittsdividende von 8,9 Prozent. Doch davon spricht man nicht — das sind interne Angelegenheiten der Herren Unternehmer. Interne Angelegenheiten bleibt es auch, daß augenblicklich verschiedene Unternehmungen gewaltige Barverträge aus den amerikanischen Freigabelungen erhalten, so zum Beispiel der führende Textilkonzern Sachlens, Stöhr in Leipzig, allein über 23 Millionen Mark ohne Zinsen, während das ganze Grundkapital des Unternehmens 17,62 Millionen Mark beträgt! All das wird in aller Stille eingestrichelt und inzwischen schreibt man ohne Unterbrechung weiter: Rückgehende Rentabilität! Dreifache Arbeiterkraft!

Wenn die Textilkapitalisten jetzt zum Sturm blasen, so handelt es sich für sie nicht allein darum, ihre Profite auf Kosten der Arbeiterkraft weiter zu steigern und damit auch den Export mittels Schleuderkonkurrenz zu vergrößern, es handelt sich für sie nicht allein um ihre Branche überhaupt, es handelt sich für sie über hinaus — um die Interessen des Gesamtkapitals. In dem Generalaufmarsch des deutschen Kapitalismus — Hamburg, Ruhr, Mitteldeutschland usw. — ist jetzt die Reihe an die Textilkapitalisten gekommen. Und hier zeigt es sich nun, in welcher hohen Maße die Textilindustrie heute dem Kommando

der großen Trufts gehorcht, obwohl gerade diese Industrie von den Bürgerlichen und Reformisten immer wieder als eine Domäne der „unabhängigen“, „individualistischen“ und „patriarchalischen“ Klein- und Mittelunternehmer hingestellt wird. Demgegenüber sind zunächst drei Formen von Zusammenhängen zwischen der Textilindustrie und dem großen Trutzkapital festzustellen: 1. die finanzkapitalistische Beherrschung der führenden Textilunternehmungen durch die Großbanken, vor allem die Bank der Schwerindustrie, Jakob Goldschmidts Danatbank; 2. die unmittelbare produktionsstechnische Gemeinschaft zwischen der Textilindustrie einerseits und den beiden Trutzkapitalgruppen, der Chemie und der Schwerindustrie andererseits und 3. die einzelnen Verbindungen zwischen den Textilunternehmern und dem großen Trutzkapitalisten, in die auch bürgerliche Politiker einbezogen sind. Gerade an dem Beispiel der größten Textilunternehmungen in dem jetzt im Kampf stehenden Gebiete, wie Stöhr, Nordwolle, Moras und Kunstseidentonzern, ist diese Entwicklung zu verfolgen.

Der größte deutsche Textilkonzern überhaupt (mit Ausnahme der Kunstseidentindustrie) ist die Norddeutsche Wollkämmerei und Kammgarnspinnerei („Nordwolle“), die eine Belegschaft von 24 000 Mann zählt. Dieser in Bremen domizilierende, von der Nordwolle bis zur fertigen Strickware „abgerundete“ Konzern, verfügt in Sachsen und Thüringen über eine Reihe von Betrieben: so gehören zu dem Konzern die „Alrosa“, Deutsche Strickerei A.G. in Chemnitz, die die Wolle zu Kinderkleidern, Mode- und Sport-Strickwaren verarbeitet, unter anderem Betriebe in Markersdorf (Rohrer), Plechtenstein (Altman) und Calw (Wagner) besitzt, ferner im Geraer Webereibezirk mehrere Tochterunternehmungen (Weißlog-Gera, Bauher Tuchfabrik usw.). Fabriken in Leipzig-Plagwitz, Dresden, Hainichen, Wildenburg a. S., Jüdisch usw. Der ganze Konzern verarbeitet für rund 130 Millionen Mark Wolle und Kammgarn. In diesem Jahre verteilt er wieder 12 Prozent Dividende (die „Krise“!). Und wer ist der Herr in dem Konzern? Jakob Goldschmidt, der von Bremen aus regiert. Der Vorstand der Nordwolle, Rohsen, ist schwarzfleckig.

## Der Unterstützungsraub beschlossen!

Berlin, den 15. Dezember.

In der gestrigen Reichstagsitzung erfolgte die Abstimmung über die Sonderfürsorge für Saisonarbeitslose. Der Antrag der Deutschen Volkspartei und der Demokraten, der eine Senkung der Unterstützungssätze für Saisonarbeitslose vorsah, wurde mit 189 gegen 229 Stimmen abgelehnt; dagegen stimmten außer den Kommunisten auch die Sozialdemokraten und Teile des Zentrums. Es folgte die Abstimmung über den alten Regierungsvorschlag, den die Sozialdemokratie aufgenommen hatte. Dieser Vorschlag sieht vor, daß nach einer sechsmonatigen Unterfütterung der Saisonarbeitslosen Kräftefürsorge gewährt werden kann. Bedürftigkeitsprüfung und Senkung der Unterfütterung der Gruppen 7 bis 11 sind mit darin enthalten. Dieser Antrag wurde mit 278 gegen 138 Stimmen in namentlicher Abstimmung angenommen. Die SPD stimmte geschlossen für den Antrag, ebenso die Mehrheit der bürgerlichen Parteien. Dagegen stimmte die kommunistische Fraktion, die schon vorher im Ausschuss und im Plenum einen scharfen Kampf gegen die Entrechtung der Saisonarbeitslosen geführt hatte.

Damit ist der Unterstützungsraub an den Saisonarbeitslosen mit Hilfe der Sozialdemokraten perfekt geworden. Das Doppelspiel der SPD, die den Antrag der bürgerlichen Parteien ablehnte, nur zu dem Zweck, um von sich aus die Entrechtungs- und Raubaktion gegenüber den Saisonarbeitslosen durchzuführen zu können, wird keinen Erwerbslosen über die wahre Rolle der Sozialdemokratie täuschen. Der Kampf gegen den Unterstützungsraub, der von unten her organisiert werden muß, ist gleichzeitig ein Kampf gegen die sozialdemokratische Koalitionspolitik, die zu den Verschlechterungen der Lage der Saisonarbeitslosen geführt hat.